

Mehr politisches Gewicht

Baselbiet | Rechtsextremismus-Experte beurteilt Situation der Pnos

Die Sektionsgründung der rechtsextremen Partei National Orientierter Schweizer (Pnos) in Gelterkinden wurde bei den Behörden mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Nun äussert sich Rechtsextremismus-Experte Dieter Bongers dazu.

■ **«Volksstimme»:** Herr Bongers, von der Sicherheitsdirektion war immer wieder zu hören, es gäbe keine rechtsextreme Szene mehr im Oberbaselbiet. Gibt es diese mit der Gründung der Basler Sektion der Pnos nun wieder?

Dieter Bongers: Das muss man differenzieren. Der unter der Oberfläche tätige Teil der Rechtsextremen war und ist nach wie vor vorhanden. Eine aktive, organisierte Skinhead-Gruppierung, wie es sie vor fünf Jahren gegeben hat, existiert jedoch im Raum Basel im Moment nicht mehr. Seit etwas mehr als zwei Jahren sind auch Ausschreitungen und Gewaltaktionen von Rechtsradikalen in unserer Region deutlich zurückgegangen.

■ **Wie erklären Sie sich diesen Rückgang?**

Vor ein paar Jahren konnte diese Gruppierung viele junge Männer anziehen, die mit dem politischen rechtsradikalen Gedankengut eigentlich nicht viel am Hut hatten, sondern eine Gruppe und Action gesucht haben. Solche «Adrenalin-Junkies» sind vergleichbar mit den Fussball-Hooligans, die nur auf



Die Ultrarechte will auf Provokation und Randalen verzichten, um auf der politischen Bühne punkten zu können, sagt Rechtsextremismus-Experte Dieter Bongers (kleines Bild).

Bilder Keystone/zvg

Randalen und Schlägereien aus sind. Seit einiger Zeit werden die jungen Rechtsorientierten jedoch von ihren politischen Führern dazu angehalten, mit dem Saufen und dem Prügeln in der Öffentlichkeit aufzuhören, weil das dem Image schadet.

■ **Mit welchem Hintergedanken?**

Sie wollen erreichen, politisch mehr Gewicht zu erhalten und auch bei Wahlen zu punkten. Treffen sie sich beispielsweise in der Öffentlichkeit, tragen sie manch-

mal Zivilkleidung statt Springerstiefel und Bomberjacken.

■ **Gibt es weitere Veränderungen, die Sie in den letzten paar Jahren bei den Rechtsradikalen festgestellt haben?**

Die Pnos pflegt seit einiger Zeit gute Kontakte zur ebenfalls rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Vieles wird von der NPD einfach abgeschrieben. Obwohl eine national orientierte Schweizer Politik von

den Deutschen auszuleihen im Grunde genommen ein grosser Widerspruch zu ihrer eigenen Gesinnung darstellt. Aufgefallen ist mir auch, dass die Pnos seit dem Start der Finanzkrise viele antikapitalistische Slogans, die in einer solchen Zeit auf besonders viel Gehör stossen, auf ihrer Internetseite publiziert.

Interview Raphael Thommen

Dieter Bongers (57) ist Leiter der Anlauf- und Beratungsstelle für Rechtsextremismus beider Basel. Er wohnt in Basel.

Zahl der Raser-Unfälle halbiert

Baselbiet | Polizeikontrollen zeigen Wirkung

Polizeikontrollen gegen zu schnelles Fahren wirken: Im Baselbiet hat sich die Zahl der Unfälle wegen Tempoüberschreitungen mit dem Ausbau der Kontrollen in zehn Jahren halbiert.

sda. Nur eine genügend hohe Kontrolldichte und damit die Wahrscheinlichkeit, überführt zu werden, werde sich langfristig positiv auf das Unfallgeschehen auswirken, schreibt die Regierung in ihrem gestern vorgelegten Bericht zu einem Vorstoss aus dem Landrat. Diese These werde nun auch durch die Unfallstatistik bestätigt.

So hatte die Baselbieter Polizei 1998 ein neues Konzept für Tempokontrollen eingeführt. Seither nahm die Zahl der Unfälle wegen zu hohen Tempos von 517 im Jahr 1998 schrittweise auf 238 im Jahr 2007 ab – ein Rückgang um 54 Prozent. Gleichzeitig sank der Anteil dieser Unfälle an der Gesamtzahl der Verkehrsunfälle im Kanton von 28,5 auf 13,9 Prozent.

Kontrollen sind wirksam

Damit sei «belegt, dass Geschwindigkeitskontrollen ein geeignetes Mittel sind, um das Fahrverhalten von Verkehrsteilnehmenden in Bezug auf die Geschwindigkeit zu beeinflussen und damit auch die

Unfälle aufgrund überhöhter Geschwindigkeit wirksam zu reduzieren», hält die Regierung fest.

Die Baselbieter Polizei arbeitet seit 1998 nach ihrem Geschwindigkeitskontrollkonzept «Stinger». Dieses umfasst fest installierte Geräte an besonders gefährdeten Strassenabschnitten und den Einsatz schneller, mobiler Einheiten

gegen Raser sowie mobiler Messeinheiten mit Radar und Laser.

Ziel des Ende 2001 weiter ausgebauten Konzepts ist es, zeitlich und örtlich sehr flexibel kontrollieren zu können. Die Verteilung auf die Gemeinden erfolgt aufgrund einer Risikoabschätzung. Vor 1998 waren hingegen punktuelle Radarkontrollen mit 6 bis

15 Polizisten üblich gewesen, die aber jeweils schon von weitem zu sehen waren.

109 Raser im letzten Jahr

Trotz des Rückgangs der Geschwindigkeitsunfälle werden aber die Tempolimits teils weiterhin massiv überschritten. 2008 gab die Baselbieter Polizei 109 solche Fälle bekannt, wobei allein 87 Raser auf der Autobahn erwischt wurden. Der Spitzenwert wurde mit 222 statt der erlaubten 120 Kilometer pro Stunde auf der A2 bei Tennen gemessen.

Die Angaben machte die Regierung in ihrem Bericht zu einem 2004 nach Raser-Unfällen überwiesenen Postulat der FDP. Kantonales Recht komme bei den Massnahmen gegen Raser nur am Rande zum Zug, hält sie fest. Zur Prävention führe die Polizei aber ausser Tempokontrollen auch Verkehrserziehung an den Schulen sowie seit 2006 Kurse für Delinquenten durch.

Die Zahl massiver Tempoüberschreitungen im Kanton gebe indes «zu grosser Besorgnis Anlass». In der Öffentlichkeit habe zudem die Sicherheit auf den Strassen neben der unbeschränkten Mobilität einen zu geringen Stellenwert. Neben verschärften Massnahmen durch den Bund müsse daher auch ein Umdenken eingeleitet werden.



Sicherheitsfördernd, weil tempodrosselnd: Geschwindigkeitskontrollen (Bild: «Blechpolizist» in Gelterkinden).

Bild Raphael Thommen

Juso: Faschismus ist ein Verbrechen

Liestal | Die Baselbieter Jungsozialisten (Juso) missbilligen die Partei National Orientierter Schweizer (Pnos). Die Partei habe klar faschistische Züge – und Faschismus sei keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Mit ihrer schriftlichen Verlautbarung reagieren die Baselbieter Jungsozialisten auf die Gründung einer regionalen Sektion in Gelterkinden vom Wochenende: Das dürfe nicht einfach zur Kenntnis genommen werden. Denn die Vereinigung vertrete Positionen, die weder bezüglich Demokratieverständnis, Menschenwürde, Minderheitenrechten oder Sprachgebrauch verfassungskonform oder irgendwie legitim seien, schreiben die Jungsozialisten. Die Juso beider Basel, werden die Pnos niemals als demokratische Partei betrachten oder anerkennen. vs.

Polizei büste Gurtmuffel

Baselbiet | Die Baselbieter Polizei führte in den vergangenen Tagen in acht Gemeinden im Baselbiet Verkehrskontrollen durch. Die Disziplin der Autofahrer lasse zu wünschen übrig, teilt die Polizei mit. 91 von insgesamt 860 kontrollierten Fahrzeuglenker wurden wegen «Nichttragen des Sicherheitsgurtes» gebüsst. Zehn weitere konnten das Telefonieren am Steuer nicht lassen. Weitere Vergehen waren abgelaufene Abgastests und «Nichtmitführen des Führerausweises». vs.

EVP stimmt neuem Sozialhilfegesetz zu

Baselbiet | Die EVP Baselland äussert sich positiv zur Revision des Sozialhilfegesetzes. Den in der Vernehmlassung vorgeschlagenen Anpassungen an die bundesrechtliche Rechtsprechung im Bereich Konkubinats könne die Partei zustimmen. Für die EVP sei es wichtig, dass die Lebensgemeinschaften bezüglich Pflichten gegenüber Ehepartnern nicht mehr privilegiert sind. Auch die Anregung des Verbandes für Sozialhilfe bezüglich Verbundlösungen zwischen Gemeinden findet die Partei gut: Die entsprechende Ergänzung im Gesetz solle signalisieren, dass Verbundlösungen aus politischer Sicht erwünscht seien. vs.

Finanzausgleichsgesetz: CVP will genau hinsehen

Baselbiet | Die CVP Baselland begrüsst die Klärung der Zuständigkeiten zwischen Kanton und Gemeinden, welche das neue Finanzausgleichsgesetz bringe. In ihrer Vernehmlassungsantwort streicht die Partei insbesondere die Übernahme der Kosten der Jugendhilfe und des öffentlichen Verkehrs durch den Kanton heraus. Auch die Schaffung verschiedener Ausgleichsgefässe erachtet die CVP als positiv, wie sie in ihrer Medienmitteilung schreibt. Weil das Gesetz zahlreiche Wechselwirkungen unterschiedlicher Regelmechanismen bringe, sei es nötig, nach dessen Umsetzung nochmals genau hinzusehen und allenfalls Korrekturen anzubringen. vs.

Insos und Curaviva fusionieren

Basel | In den beiden Basel haben sich die sozialen Kantonalverbände Insos und Curaviva zum Verband soziale Unternehmen beider Basel (SUBB) zusammengeschlossen. Der neue Verband vertritt 82 soziale Unternehmen gegenüber Wirtschaft und Politik. Mit der Fusion soll die kantonsübergreifende Kooperation weiter vertieft und die Position des Verbands gestärkt werden, wie der SUBB am Donnerstag mitteilte. Erste Präsidentin des neuen Verbands ist die Baselbieter CVP-Nationalrätin Kathrin Amacker. sda.